



Barthle-Brief

Nr. 5

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

22.1.2010

Thema der Woche:

Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 **Bundeshaushalt steht noch ganz im Zeichen der Krisenbekämpfung**

Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im Jahr 2010 stand ganz im Zeichen der parlamentarischen Beratungen über den Bundeshaushalt 2010. In erster Lesung debatierte das Parlament über den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vorgelegten Haushaltsentwurf. Bei der Haushaltsaufstellung und bei den jetzt beginnenden Beratungen wurde sehr schnell deutlich, dass unser Land mit der notwendigen Konsolidierung des Bundeshaushalts vor einer haushalts- und finanzpolitischen Herausforderung steht, für die es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kein Beispiel gibt.

Neben der angestrebten zügigen Wiedereinhaltung des 3-Prozent-Defizitkriteriums des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfordert insbesondere die zwingende Einhaltung der neuen Schuldenregel des Grundgesetzes eine Reduzierung des strukturellen Defizits im Bundeshaushalt um rund 60 Mrd. € in gleichbleibenden Abbausritten bis zum Jahr 2016. Mit den nun beginnenden parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 gehen wir einen ersten wichtigen Schritt zur Bewältigung dieser großen Herausforderung. Da das Haushaltsgesetz 2010 aufgrund der Bundestagswahlen erst im Laufe des Jahres 2010 verkündet werden kann, gilt bis zu diesem Zeitpunkt die vorläufige Haushaltsführung, die gemäß Artikel 111 Grundgesetz starken Restriktionen unterliegt. Ehrgeiziges Ziel der Koalition ist es daher, die parlamentarischen Beratungen bis Ende März 2010 abgeschlossen zu haben, damit die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt noch im April 2010 erfolgen kann. Die zweite und dritte Lesung zum Bundeshaushalt 2010 ist daher auch bereits für die 11. KW (15. bis 19. März 2010) vorgesehen.

Mit der schnellstmöglichen Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung unterstützen wir eine effektive und rasche Umsetzung der im Bundeshaushalt 2010 vorgesehenen konjunkturstützenden Maßnahmen. Die außergewöhnliche Kürze der parlamentarischen Beratungszeit erfordert einen straffen Ablauf der anstehenden Beratungen. So wird der Haushaltsausschuss in den kommenden drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages alle Einzelpläne der verschiedenen Ressorts beraten. Dabei ist für uns völlig klar: Die Höhe der Nettokreditaufnahme mit 85,8 Mrd. €, die der historischen Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet ist, bildet die absolute Obergrenze für das Haushaltsjahr 2010. Mit Blick auf die Einhaltung der Schuldenregel im Grundgesetz und des dadurch erforderlichen Konsolidierungsvolumens ab dem Haushalt 2011 wird es jedoch auch bereits in diesem Jahr unser gemeinsames Ziel sein, die Nettokreditaufnahme – wo möglich – in den Haushaltsberatungen weiter zu senken. Uns leiten vor diesem Hintergrund folgende Kriterien: Einnahmen und Ausgaben sind in jedem Einzelplan kritisch auf den Prüfstand zu stellen, um möglichst zusätzliche Einsparpotentiale zu erwirtschaften. Maßnahmen mit zusätzlichen Haushaltsbelastungen auf der Einnahmen- oder auf der Ausgabenseite sind dagegen dauerhaft im gleichen Politikbereich gegen zu finanzieren. Für uns Haushälter steht in diesem Zusammenhang fest: Die Stärkung der Investitionen bildet die Grundlage für ein stabiles Wirtschaftswachstum in der Zukunft. Nur mit einer stabil wachsenden Wirtschaft erreichen wir unsere Ziele: 1. gestärkt aus der Krise hervorzugehen und 2. im Sinne nachfolgender Generationen, so rasch wie möglich wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen!

Weitere Entlastung der Bürger

Das entschlossene Handeln der Bundesregierung im letzten Jahr hat den Finanzmarkt stabilisiert und die konjunkturelle Talfahrt gestoppt. Insbesondere der Arbeitsmarkt ist so stabil wie nirgendwo sonst: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte so stark begrenzt werden wie in keinem anderen Industrieland weltweit. Nun gilt es, weitere Wachstumsimpulse zu setzen, um zu einem selbsttragenden Aufschwung zu kommen. Der Schlüssel dafür liegt in der Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger, die spürbar gestärkt wird. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz sorgen wir für steuerliche Entlastungen und verhindern zusätzliche Belastungen durch steigende Sozialbeiträge.

Die unionsgeführte Bundesregierung hält Wort: Die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bleibt eines unserer Hauptanliegen. Wir werden entsprechend des Koalitionsvertrages die große Steuerstrukturreform umsetzen. Einzelheiten werden im Lichte der aktualisierten Wirtschafts-, Wachstums- und Steuerdaten nach der Steuerschätzung im Mai 2010 erarbeitet und entschieden. Von den vereinbarten 24 Milliarden Euro haben wir bereits Familienentlastungen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro durchgesetzt. Es bleibt dabei, dass der Bildungspakt von Bund und Ländern mit einem Aufwuchs der Ausgaben für Forschung und Bildung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 umgesetzt wird. Wir werden die Haushalte nach Maßgabe der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse konsolidieren.

2009: Stärkste Rezession seit 1945

Der Wirtschaftseinbruch 2009 war die stärkste Rezession in Deutschland seit 1945: Im vergangenen Jahr ist die deutsche Wirtschaft so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegszeit. Um insgesamt 5 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt zurück. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Damit ist die deutsche Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit sechs Jahren zurückgegangen.

Internet und digitale Gesellschaft

Das Internet entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Für eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gehört die Nutzung des Internets längst zum Alltag. Die Koalition von CDU, CSU und FDP hat sich im Koalitionsvertrag eindeutig zur Freiheit des Internet bekannt: "Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt". Gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt. Der Staat muss Rahmenbedingungen setzen, um das Internet als freiheitliches Medium zu schützen sowie seine Funktionsfähigkeit und Integrität zu erhalten und zu fördern. Für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand eines Landes. Die Entfaltung der Freiheitsrechte, im besonderem Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, müssen im digitalen Zeitalter gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gesichert werden. Wir schlagen deshalb vor, eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages einzusetzen, die sich mit den soziologischen und politischen Auswirkungen dieser Veränderungen befasst.

(Hintergrund: Nach § 56 der Geschäftsordnung des Bundestages kann zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe eine Enquete-Kommission eingesetzt werden. Enquete-Kommissionen bestehen aus Abgeordneten und Sachverständigen.)

Zitat

„Dieser Haushalt zeigt sehr genau, dass es gelingen kann, das Staatsdefizit zurückzuführen. Der Haushalt 2005 hatte ein strukturelles Defizit von 60 Milliarden Euro. Wir hätten die Nettoneuverschuldung auf 6 Milliarden Euro zurückgeführt, wenn nicht die Kosten der Krise dazugekommen wären.“

(Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, am Mittwoch im Deutschen Bundestag in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2010)